

## **Klimagerechtigkeit und Pazifismus – Für ein starkes Bündnis!**

*Rede beim Friedensfest am Antikriegstag in Wiesbaden, 1. September 2023*

Wir erleben zurzeit eine beispiellose Welle militärischer Aufrüstung weltweit. Die bereits tobenden Kriege in der Ukraine, im Jemen und in vielen anderen Regionen, die Verstärkung der Militärpräsenz in vielen Teilen der Welt, militärische Drohgebärden und die Eskalationsgefahr vieler schwelender Konflikte beschwören die Gefahr der Entfesselung eines Dritten Weltkriegs herauf. Zugleich befindet sich die Menschheit bereits mitten in der Klimakatastrophe und in einem raschen Erosionsprozess der ökologischen Grundlagen ihres Überlebens. Diese beiden fatalen Entwicklungen können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden und weisen starke Zusammenhänge auf.

Rüstung und militärische Infrastruktur allein sind für mindestens 5 – 6 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich – von der ökologischen Zerstörung durch Kriege ganz zu schweigen. Unsere „Restbudgets“ sind längst aufgebraucht und die Begrenzung der Erderhitzung um 2 Grad über dem vorindustriellen Niveau ist bereits illusorisch geworden. Die Industrieländer haben es nicht mehr bloß mit einem ökologischen Umbau, sondern mit der Herausforderung eines möglichst raschen und radikalen *Rückbaus* zu tun. Die Rüstungsausgaben weltweit haben die 2-Billionen-Grenze längst überschritten. Die Verschwendung dieser finanziellen Ressourcen steht natürlich in Konkurrenz zu den dringend nötigen Aufwendungen für die Dekarbonisierung, für die Eindämmung der Folgen des Klimawandels und für die soziale Abfederung des nötigen Rückbauprozesses. Angesichts dieser Situation gilt: *Wenn wir uns noch eine geringe Chance bewahren wollen, das Schlimmste zu verhindern, müssen wir uns von jeder militärischen Logik konsequent verabschieden.*

Die Folgen der Erderhitzung machen sich immer spürbarer bemerkbar und haben das Potenzial eines „Bedrohungsmultiplikators“, das heißt der Verschärfung anderer bestehender Krisensituationen. Wasserknappheit, zusammenbrechende Nahrungsmittelketten, Fluchtbewegungen aufgrund von unbewohnbar gewordenen Landstriche, Umweltkatastrophen, die zur Entstehung von „ungoverned spaces“, also Gegenden außerhalb jeder Regierungskontrolle, führen ... dies alles erhöht die Kriegsgefahr bis hin zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Die beste Friedenspolitik ist deshalb ein konsequenter ökologischer Rückbau. Und umgekehrt gilt: Die große Gefahr, dass Klimaveränderungen kriegerische Konflikte bis hin zur nuklearen Eskalation heraufbeschwören können, ist *präventive Abrüstung* das Gebot der Stunde.

Der Kampf um schwindende (fossile) Ressourcen und knapper werdender nicht erneuerbarer Rohstoffe ist ein entscheidender geopolitischer Faktor. Die US- Außen- und Sicherheitspolitik hat dies bereits 2001 mit dem sogenannten Cheney-Report ausdrücklich erklärt, immer wieder bestätigt und leider auch eindrucksvoll praktiziert. Dem folgen ebenso die neue NATO-Strategie sowie auch die strategischen Planspiele der Europäischen Union. Die Sicherung des Zugangs zu essenziellen Ressourcen, die militärische Absicherung entsprechender Transportrouten und Handelswege sind ausdrücklich als vornehmlicher Zweck der militärischen Anstrengungen festgehalten und werden in „Strategischen Konzepten“ und anderen Konferenzen regelmäßig bestätigt und aktualisiert.

Zugleich verschärft die dringend gebotene Dekarbonisierung unserer Ökonomien das Konfliktpotenzial erheblich. Für die Umstellung auf grüne Produktionsverfahren sind knappe

kritische Rohstoffe erforderlich (Lithium, Grafit, Neodym, Kobalt, etc.). Über einen erheblichen Teil davon hat sich die Volksrepublik China die Kontrolle gesichert. Die zunehmenden Spannungen zwischen China und den USA bzw. Europa und der NATO haben hier einen ganz entscheidenden Hintergrund. Auch die Konflikte in verschiedenen Teilen des afrikanischen Kontinents und die militärischen Interventionen europäischer Länder sind unter dem Gesichtspunkt unseres Hungers nach Rohstoffen zu betrachten. Der Uranabbau im Niger hat für Frankreich essenzielle Bedeutung, ebenso wie Öl- und Gasvorkommen in vielen Gegenden Afrikas sowie knappe Rohstoffe, zum Beispiel aus der Demokratischen Republik Kongo. Die Tatsache, dass es China gelungen ist, seinen Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent auszubauen, ist ein zusätzlicher Risikofaktor. Vor allem aber wird in Zukunft unser Bedarf an grünem Wasserstoff ein großes Konfliktpotenzial darstellen. Eine Dekarbonisierung unserer Ökonomien auf dem derzeitigen Niveau wäre auf große Mengen an Wasserstoffimporten angewiesen, für die man unter anderem die an Sonne und Wind reichen Regionen wie Nordafrika oder Westafrika südlich der Sahara ins Auge gefasst hat. Im Stil eines neuen, grünen Imperialismus spielen dabei die Bedürfnisse der betreffenden Länder und ihrer Bevölkerung kaum eine Rolle. Der Süßwasserbedarf für die Wasserstoffherzeugung konkurriert direkt mit dem Bedarf der dortigen Landwirtschaft, der Versorgung der eigenen Bevölkerung und der Begrünung der Regionen. Im Kongo, einem Land, in dem nur ein Fünftel der Bevölkerung Elektrizität zur Verfügung hat, werden Menschen für ein Staudammprojekt vertrieben, das unserer Wasserstoffversorgung dienen soll.

Dies alles zeigt die enge Zusammengehörigkeit von Fragen der Klimagerechtigkeit und der Friedenspolitik. Den nötigen politischen Druck könnte hier ein starkes Bündnis zwischen den pazifistischen Teilen der Friedensbewegung und den radikalisierten Teilen der Klimagerechtigkeitsbewegung erzeugen. PazifistInnen wissen: Auch wenn das Völkerrecht militärische „Verteidigung“ angesichts eines Aggressors noch als legitim erachtet, kann eine solche nicht mehr vernünftig begründet werden. Was vorgeblich verteidigt werden soll, wird zerstört bzw. ist unter heutigen Bedingungen mit einem Verlust an Menschenleben verbunden, der durch nichts zu rechtfertigen ist. Dazu kommt die Eskalationsgefahr, die Gefahr des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen. Das Konzept der *sozialen Verteidigung*, das heißt der Beantwortung einer militärischen Aggression mit Mitteln des zivilen Ungehorsams, der Nicht-Kooperation mit dem Aggressor ist die einzige legitime und einigermaßen erfolgversprechende Antwort. Diese Widerstandsformen entsprechen den innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung und der traditionellen Friedensbewegung der 1980er-Jahre eingeübten Protestformen. Ein Bündnis von Friedens- und Klimagerechtigkeitsbewegung könnte genau hier anknüpfen: Aktionen zivilen Ungehorsams, Sitzblockaden, gezielte Regelverletzungen und fantasievolle Widerstandsaktionen jeglicher Art vor Rüstungsfirmen, vor dem Verteidigungsministerium, Behinderungen von Manövern, Truppenbewegungen und Transporten ... dies wären ebenso Ziele eines solchen Bündnisses wie die Verhinderung weiterer Kohleverstromung, der Anlandung von Fracking-Gas, die Besetzung von Startbahnen und Autofirmen u. ä. Lasst uns ein solches starkes Bündnis ziviler Vernunft aufbauen!

Mainz, 1. September 2023, Bruno Kern